

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 217 Nr. 196/268

Bezugspreis:

10 Pfennig 1/40 Halbjahr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. — Eilsendungen nur nach Dresden, Leipzig, Halle, Magdeburg.

Halle - Saale

Anzeigenpreis:

Die 6 Spalten zu 10 Zeilen mit 10-zeiligen Linien. Kleine Anzeigen 8 Pfennig, sonstige 10 Pfennig. 10 Zeilen 10 Pfennig, 20 Zeilen 20 Pfennig, 30 Zeilen 30 Pfennig, 40 Zeilen 40 Pfennig, 50 Zeilen 50 Pfennig, 60 Zeilen 60 Pfennig, 70 Zeilen 70 Pfennig, 80 Zeilen 80 Pfennig, 90 Zeilen 90 Pfennig, 100 Zeilen 100 Pfennig.

Verlagsstelle Halle-Saale Kreuzgasse 11/12. Fernruf Central 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Druckerei-Postamt 30 512.

Mittwoch, 12. November 1924

Verlagsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf: Am Karli 21. 9260. Eine Berliner Schriftleitung. — Druckerei: Am Otto Uhle, Halle-Saale.

Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft

Brauns Wahlpropaganda

Griffierte Statistik

von unserer Berliner Schriftleitung

Die in diesen Tagen erschienene Nummer 24 des „Reichs-Verkehrsblattes“ enthält eingehendes statistisches Material über die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft, das zum Teil unter der Federführung des Reichsstatistikamtes, zum Teil von anderen Stellen zusammengestellt wurde. Die Belastung der deutschen Wirtschaft geht seit dem Beginn der Inflation (sogar inzwischen noch mehr) unheimlich rasch voran. Die in diesen Tagen erschienene Nummer 24 des „Reichs-Verkehrsblattes“ enthält eingehendes statistisches Material über die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft, das zum Teil unter der Federführung des Reichsstatistikamtes, zum Teil von anderen Stellen zusammengestellt wurde. Die Belastung der deutschen Wirtschaft geht seit dem Beginn der Inflation (sogar inzwischen noch mehr) unheimlich rasch voran.

ft. Auch die Aufhebung der Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene wird nicht getrennt, da diese gänzlich aus der sozialen Belastung selbst erlöschen. Den Vertrieb belegen sie aber doch noch. Nimmt man nun noch hinzu, daß die inappropiate Beschäftigung ebenfalls einfach ausgeblieben wird, so kann man nicht anders, als mit starkem Mißtrauen an die Ergebnisse dieser Arbeitsbeschäftigung heranzugehen. Diese Ergebnisse beziehen sich also nur auf die Sozialversicherung und auf die Gewerkschaften, die die Abhebung der Kriegsbefähigten, als solche neu waren, aber durch ihre Leistungen eine wesentliche Entlastung der schon vor dem Kriege größten Soziallasten bewerkstellten. Zusammengefaßt ergeben nach dieser Statistik für die Sozialversicherung errechneten Gesamtlasten 1200 Millionen Reichsmark und für die Gewerkschaften 200 Millionen Reichsmark, zusammen also 1400 Millionen Reichsmark, aber nur 1 1/2 Milliarden. Das ist ein Viertel der angeblich in der Öffentlichkeit behaupteten Summe, eine Belastung, die aber selbst die Arbeitsminister als wirtschaftlich gewichtig anerkennen. Es ist nicht möglich, die Anleitungen und die Errechnungen zu überprüfen im Augenblick bis ins einzelne nachzugehen, aber man kann schon wegen der hier angegebenen Auslassungen und höchst eigenartigen Behauptungen für nicht das Gefühl erheben, als ob hier denkbar ungeeignete Mittel für die Wahlpropaganda benutzt worden, die außerordentlich schwerwiegende Folgen haben können, da sie den ohnehin bereits gefährdeten Arbeitfrieden auf das schwerste zu erschüttern drohen.

Stetgetwal über die Arbeitsfrage

München-Gladbach, 11. November. (Durch Funkdruck.) Stetgetwal sprach gestern anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Christlichen Gewerkschaften in der hiesigen Volkshaushalle. Ueber die Arbeitsfrage sagte er, daß sich der Staat durch die Gewerkschaften nicht auf den Boden der Arbeit in den letzten 25 Jahren gestellt habe. Er sei sehr er den mechanischen neu-zugewonnenen Arbeitskraft zu arbeiten, wie die Arbeiter in anderen Ländern. Die Preise müssen fallen, die Reallohn erhöht und Steuerermäßigung für Handwerker Familien erreicht werden.

Lohnaufbesserung bei der Reichsbahn

Berlin, 11. November. Mit dem 1. Dezember d. J. tritt, wie der „Vorwärts“ mitteilt, der tarifliche Lohn bei der Reichsbahn wieder ein. Für alle Vorkommnisse tritt eine gleichmäßige Verringerung der Lohnsätze ein. Die Vertreter der Eisenbahner werden voraussichtlich schon in dieser Woche in Berlin ein treffen. Brüssel in der nächsten Woche wird die Eisenbahnerorganisationen der Beamten zu Verhandlungen einladen.

Konferenz der Länderregierungen über die Neuordnung der Beamtengehälter

Berlin, 11. November. Ueber die Neuordnung der Beamtengehälter dürfte eine Einigung der Reichsfinanzminister erst fallen, wenn vorher eine Verständigung mit den Regierungen der Länder erzielt worden ist. Die Vertreter der Länderregierungen werden voraussichtlich schon in dieser Woche in Berlin ein treffen. Brüssel in der nächsten Woche wird die Eisenbahnerorganisationen der Beamten zu Verhandlungen einladen.

Lohnregelung im Buchdruckgewerbe

Berlin, 11. November. (Durch Funkdruck.) Der Deutsche Buchdruckererzverein teilt mit: Durch den vom Reichsstatistikministerium für verbindlich erklärten Schiedspruch ist eine Erhöhung der Buchdruckerlöhne um 20 Prozent mit Wirkung ab 1. November festgesetzt. Diese Vornahme macht eine Erhöhung der Preise des deutschen Buchdruckerwerkes um 10 Prozent ab 1. November notwendig.

Leinert in den Ruhestand versetzt

Hannover, 11. November. (Durch Funkdruck.) Der Magistrat der Stadt Hannover hat beschlossen, Oberbürgermeister Leinert am 1. Januar in den Ruhestand zu versetzen.

Die Reichsbannerhelden

Breslau, 11. November. Im Anschluß an die Zusammenkunft, zu denen es am 26. Oktober in Triegau zwischen dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Stahlhelmtruppen kam, hat der Regierungspräsident Dr. Jandke aus Breslau einen Bescheid erlassen als Kommissar zur Leitung der Untersuchung nach Triegau geschickt. Der Regierungsrat wurde unterstellt von Kriminalbeamten der Breslauer politischen Polizei. Nachdem rund acht Tage lang umfangreiche Reuevernehmungen und Gegenüberstellungen am Orte des Zusammenstoßes stattgefunden haben, haben die Breslauer Beamten, wie bereits kurz gemeldet, zwei Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, den sozialistischen Stadtrat Müller und den Hauptlehrer Geburt festgenommen. Die Verhafteten geben im allgemeinen an, wegen der blutigen Zusammenkünfte gewesen zu sein, wollen sich aber bei den Befragungen nicht weiter verhalten lassen. Zwischen Verhafteten sind in das Untersuchungsgefängnis Schwelbitz überführt worden. Die Staatsanwaltschaft hat augenblicklich nochmals neue Reuevernehmungen einleitet.

Morgen Verhandlung des österreichischen Eisenbahnerstreiks

Wien, 11. November. Gegen 7 Uhr abend wurde die Verhandlung zwischen den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen und der Generaldirektion der Bundesbahnen beendet. Wie der Generaldirektor des Präsidenten der Bundesbahnen, Dr. Steubler, unserem Wiener Vertreter mitteilt, nahmen die Vertreter der Eisenbahner den Vorschlag des Präsidenten der Bundesbahnen an und erklärten, ihn morgen in der Eisenbahnerversammlung zur Beschäftigung vorzulegen. Man zweifelt nicht daran, daß der Vergleichsvorschlag die Genehmigung der Eisenbahner finden wird. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß der Streik morgen beendet wird. Von der Leitung der Bundesbahnen sind bereits Verfügungen erlassen, so daß im Falle der Annahme des Vorschlages der Betrieb sofort wieder aufgenommen werden kann.

Hindenburg als Vermittler

Der Ludendorffstreit

Wünchen, 11. November.

Der „Völkische Kurier“ veröffentlicht heute eine Darstellung des Vermittlungsversuchs Hindenburgs zwischen Kronprinz Rupprecht von Bayern und Ludendorff. Das wichtigste Merkmal des Vermittlungsversuchs ist die Bestimmung der Vergleichsbedingungen und diesen selbst. „Wenn ich einen Vergleich zwischen den beiden Parteien herbeiführen möchte, bin ich andererseits auch als Vermittler verpflichtet, dem Standpunkt Ludendorffs gegenüber zu stehen. Ich habe mich überzeugt, daß nach der Erklärung Ludendorffs, daß ihm eine Veleidigung Kurzer königlichen Obedienzen fern lag, der Tatbestand einer Veleidigung nicht vorliegt. Diese Veleidigung haben Kurze königliche Obedienzen durch die Nichtabgabe der Inauguralansprache der monarchischen Obedienzen bei den bedienten Generälen den Tatsachen. Kurze königliche Obedienzen müßten daher grüßlich bemerken, daß ich als Vermittler dem Standpunkt der Offizierskreise aus diesen Verträgen noch nicht abtrüben auf Zurücknahme der Beweise mit dem Inhalt des Beweises um möglich die Veleidigung abgeben kann, da die subjektive Einstellung Kurzer königlichen Obedienzen mit dem General Ludendorff gegenüber unvereinbar ist.“

nommen, vom Kronprinzen Rupprecht aber abgelehnt, der das Wort abließ in Absatz 1 durch „abgelehnt“ ersetzt werden wollte. Daraus entwickelte sich dann die Grenzgerichtsfrage, die jetzt in ihrem weiteren Verlauf zur Erklärung der bayerischen Generalität, den Erklärungen Ludendorffs, sowie zu dem Konflikt in den bayerischen Offiziersvereinen geführt hat.

Die nationalsozialistischen Reichstagskandidaten für Thüringen-Erfurt

Weimar, 11. November.

Die Reichstagskandidaten der nationalsozialistischen Freiheitspartei für den Reichstagswahlkreis Thüringen-Erfurt sind auf den drei ersten Stellen folgende Namen: Scharf, Franz, Handlungsgehilfe, Berlin-Steglitz, Arnstadt, Albert, Landwirt, Groß-Baranya, W. J. Wilhelm, Metallarbeiter, Göttingen-Stiebeln.

Reichs- und Landtagsvorschlag der Deutschen Volkspartei

Berlin, 11. November.

Der Reichstagsvorschlag der Deutschen Volkspartei, der jetzt vollständig vorliegt, enthält 84 Punkte. Als Spitzenkandidat ist wiederum Reichsminister Dr. Stresemann aufgestellt. Die zweite Stelle nimmt Frau Dorothea Mas, Stettin, die dritte Stelle Reichsministerin a. D. Dr. Scholz, Charlottenburg ein. Auf der Liste folgen dann weitere Generalkandidatinnen Dr. Thiel, Charlottenburg, Malermester Osmann, Südbesheim, Landwirt Gey, Seelitz, Bauernmann Wilmshof, Gilmersfeld, Geheimrat Dr. Kohl, Berlin, Geh. Rat Dr. Nieber, Berlin, Oberpostinspektor Werth, Karlsruhe, Geh. Rat Dr. Hoff, Meiberg, Geheimrat, Sanktius Dr. Keilich, Berlin, Generaldirektor Dr. Sorge, Berlin, Volksamtsleiter Seibert, Frankfurt a. M., Frau Dr. Hoff, München, Rechtsanwältin Gindels, Darmstadt, Geh. Rat Dr. Greise, Berlin, Generalintendant v. Schach, München, Dr. med. Neumann, Berlin, Rechtsanwältin Fähr, Dortmund, Archibildner Dr. Wenzke, Düsseldorf, Chefbedienter Dr. Meuser, Berlin, und Direktor Dr. Wuerius, Pfaffenlohe. Den letzten Platz auf der Reichsliste hat Staatssekretär Kampfer, Charlottenburg. Die Kandidaten Dr. Scholz, Thiel, Osmann, Gey, Wilmshof und Dr. Hoff sind außerdem an sicheren Stellen auf Wahlkreislisten aufgestellt und werden das Mandat auf diesen annehmen.

Der Landeswahlvorschlag für den Preussischen Landtag enthält als Spitzenkandidaten den Regierungspräsidenten a. D. Dr. v. Gumbel, Südbesheim, dem an zweiter und dritter Stelle Reichsminister Dr. Veit und Finanzminister Dr. v. Richter folgen. Die nächsten Kandidaten auf der Liste sind Frau v. Aufseß, Berlin, Landesdirektorin Dr. Stempel, Beer, Stiebeln, Dr. Meuser, Berlin, Kaufmann Hoff, Berlin, Rechtsanwältin Hoff, Kreuzberg, C. v. Lehmann, Stiebeln, Zierbener, Generalkandidatinnen Dr. Greise, Berlin, Direktor Dr. Wuerius, Pfaffenlohe, und Volksamtsleiter Keil, Wittenberg (Sommer). Die Liste, die insgesamt 26 Namen enthält, schließt mit Schriftleiter Joseph Wacker, Stiebeln. Amstätt, richtiger Dr. Lehmann, Weidburg, und Prof. Dr. Leibig, Berlin. Die Kandidaten Dr. Veit, Frau v. Aufseß, Dr. Stempel,

Der Ludendorffstreit... General Ludendorff ist seiner königlichen Obedienzen gegenüber Rupprecht von Bayern durch Generalstaatsanwalt Hindenburg sein Bedauern ausdrücken wegen der Erklärung der General Ludendorffs gegenüber seiner königlichen Obedienzen durch Hindenburg über die Bekanntheit der „Bohemia“ verpflichtet hat. General Ludendorff ist bereit, sofort nach Bekanntgabe der dem Bedienten Vergleichsbedingungen die in der Zeitschrift 1. veröffentlichte Erklärung durch die Telegraphen-Union zu veröffentlichen. General Ludendorff versichert sich, diese Erklärung zu veröffentlichen zu geben zu lassen. Seine königliche Obedienzen haben dem General Ludendorff gegenüber Generalstaatsanwalt Hindenburg erklärt, daß seine königliche Obedienzen die gegen General Ludendorff erhobenen Veleidigungen der verurteilten und freientlichen Veleidigung, die die Unvergleichlichkeit der monarchischen Obedienzen mit dem General Ludendorff gegenüber unvereinbar ist. Die in dieser 2. angegebenen Erklärung ist folgenden Wortlaut: Ich habe die Gelegenheit einer Verhandlung der Reichsminister mit einem Vertreter des Leipziger Tageblatts und dem Reichsminister unmittelbar nach diesen Ereignissen auf Grund meiner eigenen Einsicht auf die Befreiung der „Bohemia“ gegeben, daß ich durch den Kronprinz Rupprecht von Bayern gebunden hätte. Da aber von ihm erklärt wird, daß er die meiste Frage vor dem 8. November in Verleumdungen auf dem von dort zurückkommend erst am Sonntag des 11. November den Vorfragen Kenntnis erhalten hat, bedauere ich, daß auf dem Zeitpunkt der „Bohemia“ berufen zu haben. Der Vergleichsvorschlag wurde dem General Ludendorff ange-

